

Kammer für Anerkennung Palästinas unter Auflagen



Grenz Echo - 07 Feb. 2015

Pagina 3

Resolution: Jadin will „positiv an einer gerechten und ausgeglichenen Lösung arbeiten“

Das Plenum der Abgeordnetenkammer hat sich am Donnerstagabend grundsätzlich für eine Anerkennung Palästinas - unter Auflagen - ausgesprochen.

Nach einer mehr als dreistündigen Debatte verabschiedete das Kammerplenum die Resolution zur Anerkennung eines palästinensischen Staates. Die Mehrheit stimmte dafür, die Opposition dagegen - bei zwei Enthaltungen des rechtsradikalen Vlaams Belang.

Zur Verdeutlichung: Die Anerkennung Palästinas ist nicht für morgen, sie soll „im günstigsten Moment“ erfolgen, heißt es in der Resolution. Der u. a. von der ostbelgischen Abgeordneten Kattrin Jadin im Auftrag der Mehrheitsparteien N-VA, MR, CD&V und Open VLD verfasste Text enthält für die Anerkennung in den Grenzen vom 4. Juni 1967, die die heutigen Autonomiegebiete umfassen, drei Bedingungen: Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen mit Israel, Fortschritte bei den Besprechungen unter EU-Staaten und bei der Unterstützung des Friedensprozesses durch die EU sowie Bestand einer vollwertigen Palästinenserregierung, die befugt ist für das gesamte palästinensische Grundgebiet. Der Entscheid des Parlaments ist für die Föderalregierung nicht bindend.

Der Abstimmung war eine teils hitzige Debatte vorausgegangen. Für die Opposition geht der Resolutionstext nicht weit genug, die meisten Fraktionen forderten eine sofortige Anerkennung. Außerdem seien Auflagen vorgesehen, die die Palästinenser nicht erfüllen können. Die Mehrheitsparteien aber betonten, dass es wichtig sei, die nötige Vorsicht an den Tag zu legen, um Extremisten an beiden Seiten nicht in die Karten zu spielen.

„Belgien, durch seine diplomatische Beständigkeit, ist der Freund der Israelis und der Palästinenser“, erklärt uns Jadin. „Bislang haben wir das Vertrauen beider Parteien genossen, um positiv an einer verhandelten, gerechten und ausgeglichenen Lösung zu arbeiten, die beide Völker akzeptieren. Wir wissen, dass dies nur möglich sein kann, wenn der direkte Dialog aufgenommen werden kann. Unser Resolutionsvorschlag möchte seinen Beitrag dazu leisten.“

Die EU-Staaten gehen bislang unterschiedlich mit der Frage der Anerkennung um: Im Oktober 2014 hatte Schweden als erstes EU-Land Palästina formell als eigenständigen Staat anerkannt. Israel kritisierte dies scharf und zog seinen Botschafter aus Stockholm ab. Bislang haben 135 der 193 UNO-Mitglieder die Staatlichkeit Palästinas anerkannt, unter ihnen die EU-Staaten Bulgarien, Malta, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn und Zypern.

Die Parlamente in Großbritannien, Frankreich und Irland sprachen sich ebenfalls grundsätzlich für eine Anerkennung aus. Deutschland, die USA und andere westliche Länder wollen diesen Schritt erst machen, wenn sich Israel und die Palästinenser auf einen Friedensvertrag geeinigt haben. Auch das EU-Parlament hat sich für die Anerkennung eines unabhängigen Palästinenser-Staates erst nach erfolgreichen Friedensgesprächen ausgesprochen.

Die Palästinenser streben einen eigenen Staat auf dem Gebiet des von Israel besetzten Westjordanlandes und des Gazastreifens mit Ostjerusalem als Hauptstadt an. Während der seit Jahren andauernden Verhandlungen sind so gut wie keine Fortschritte erzielt worden.

Aus Brüssel berichtet Gerd Zeimers

Copyright © 2015 Grenz Echo. Alle rechten voorbehouden